

Die Kommission der letzten Chance

Jean-Claude Juncker warnt vor dem Scheitern der EU

Jean-Claude Juncker ist ein Mann, der griffige Formulierungen liebt. Vor dem Europäischen Parlament hatte der designierte Kommissionspräsident mit dramatischen Worten gewarnt, dass die europäischen Bürger der EU die Zustimmung verweigern könnten, wenn sie nicht endlich die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. In diesem Zusammenhang fiel das prophetische Wort von der „Commission de la dernière chance“. Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Stagnation, Euro- und Budgetkrisen, erstarrte Nationalismen und Fremdenfeindlichkeit, Widerstand auf der Straße gegen Globalisierung und Freihandelsabkommen, massive Wahlerfolge für rechtsradikale und antieuropäische Parteien verlangen nach einer Charmeoﬀensive der europäischen Politik. Seit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages und spätestens seit dem Scheitern der „Europäischen Verfassung“ 2005 warnen alle politischen Beobachter vor der abnehmenden Begeisterung der Bürger für die Europäische Union. Angesichts der negativen Entwicklungen der letzten Jahre scheint Jean-Claude Junckers Formulierung von der „letzten Chance für Europa“ keineswegs abwegig.

Als erster durch die Wahlen zum Europaparlament legitimierte Präsident der Europäischen Kommission hat Juncker exzellente Startchancen, um die Bürger mit Europa zu versöhnen. Mit dem Europäischen Parlament im Rücken wird er auf Augenhöhe mit den im Europäischen Rat versammelten 28 Regierungschefs der Mitgliedstaaten verhandeln können. Der Deal, den er augenscheinlich mit Martin Schulz, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, geschlossen hat, sollte ihm für mindestens zwei Jahre einen politischen Handlungsspielraum

geben, der vor ihm wahrscheinlich nur Jacques Delors zur Verfügung stand.

Doch dieser Handlungsspielraum wird schon durch die Zusammensetzung der Juncker-Kommission wieder in Frage gestellt: Die Mitgliedstaaten haben erfahrene Politiker mit entsprechendem Ego aber größtenteils ohne besondere Fachkenntnisse in den ihnen zugewiesenen Bereichen entsandt. Der Einfluss der Lobbyisten wird dadurch tendenziell steigen. Daneben sind einige zweifelhafte Exemplare in der Runde vertreten: der spanische Vertreter mit Beziehungen zur Ölindustrie wird für Energie zuständig, ein ultranationalistischer ehemaliger ungarischer Justizminister wird die europäische Kulturpolitik leiten und ein britischer Bankenlobbyist darf sich der Kontrolle der Finanzmärkte widmen. Da fällt schon kaum mehr ins Gewicht, dass sich ein gescheiterter französischer Wirtschafts- und Finanzminister um die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten kümmern wird und die digitale Wirtschaft in die Hände eines in diesem Bereich völlig unbedarften Schwaben gelegt ist. Juncker hat vorsorglich angekündigt, dass er in dieser illustren Runde lieber keine Richtlinienkompetenz beansprucht. Stattdessen verschiebt er die Verantwortung auf seine Vizepräsidenten und insbesondere auf seinen ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans, der ihn vertreten soll, „wenn [er] körperlich oder geistig nicht präsent“ wäre, und dem er praktisch das Tagesgeschäft anvertraut hat. Völlig konträr dazu lädt er dann seine Kommissare ein, „mit ihren persönlichen politischen Positionen die Arbeit der Kommission zu bereichern“. Auf diese Weise werden die Ambitionen seiner Vizepräsidenten möglicherweise schon im Vorfeld neutralisiert.

Editorial

Aus Erfahrung wissen wir, dass Jean-Claude Juncker nur im äußersten Notfall politische Handlungsspielräume offensiv nutzt.

Überdies lädt die Ressortaufteilung teilweise zum (kalkulierten?) Chaos ein. Insbesondere im Bereich Klimaschutz und Energie wird das augenfällig: Neben dem für die nachhaltige Entwicklung verantwortlichen Vizepräsidenten (Timmermans) ist mit Maroš Šefčovič ein anderer Vizepräsident verantwortlich für die Energieunion, und unter beiden soll noch Miguel Arias Canete als Kommissar für die Klima- und Energiepolitik arbeiten. Das mag den komplexen Befindlichkeiten in Brüssel geschuldet sein, kommt uns in Luxemburg aber auch irgendwie bekannt vor. Vielleicht geht da jemand nach dem Motto „Teile und herrsche“ ans Werk ...

Allerdings wissen wir Luxemburger aus Erfahrung, dass Jean-Claude Juncker nur im äußersten Notfall politische Handlungsspielräume offensiv nutzt. Die herausragende Ankündigung seiner Antrittsrede, bis Weihnachten 300 Milliarden Euro zur Ankurbelung der europäischen Wirtschaft in europäische Infrastrukturprojekte zu lenken (mit der er insbesondere bei den europäischen Sozialisten Punkte sammelte), könnte sich schnell als Luftnummer erweisen. Es ist völlig ungeklärt, wo dieses Geld herkommen soll (zu einem Teil möchte die Kommission den Europäischen Rettungsfonds dazu nutzen, was Berlin kaum zulassen wird). Gleichfalls ungeklärt ist, wo die Qualitätsprojekte zu finden sind, in die man einigermaßen sinnvoll Geld gießen könnte. Der Green New Deal wird jedenfalls nicht aus Europa kommen. Denn Juncker bietet eine Vision wie aus dem 20. Jahrhundert: traditionelle Wachstumspolitik mit dem Ziel, klassische Arbeitsplätze in der Industrie, im Bau- und Transportgewerbe zu schaffen, so wie er es zu Hause in Luxemburg gelernt hat. Daneben gibt

es Anzeichen dafür, dass ein teilweiser Rückzug der EU aus dem Umwelt- und Verbraucherschutz auf der Agenda steht (wofür sich Frans Timmermans in seiner Zeit als niederländischer Minister wiederholt ausgesprochen hatte) und die komplette Öffnung der noch geschützten (Dienstleistungs-)Märkte forciert werden soll. Entgegen der klaren Signale von Seiten der Gewerkschaften und der Bürger scheint die neue Kommission in diesem Bereich durch die Wand gehen zu wollen.

Dahinter steht auch das Interesse eines Akteurs, der wahrscheinlich großen Anteil am Erfolg des Luxemburgers hatte. Das Gütersloher Medienhaus Bertelsmann, das u. a. über seine Stiftung und seine zahlreichen Fernsehsender ein weites Netz von Einflussmöglichkeiten über Europa (und die USA) gelegt hat, in Luxemburg über seine Tochter RTL das „nationale“ Radio und Fernsehen besitzt, mit dem EP-Abgeordneten Elmar Brok (EVP) einen einflussreichen Lobbyisten und unermüdlichen Juncker-Fürsprecher im Europäischen Parlament bis 2011 im Aufsichtsrat hatte und aus dessen Haus ursprünglich auch Martin Selmayr kommt, der frisch gebackene Kabinettschef des Kommissionspräsidenten. Martin Selmayr wird von den deutschen Medien (*Spiegel*, *FAZ* u. a.), aber mittlerweile auch den französischen und belgischen, als der eigentliche Strippenzieher in Brüssel beschrieben, mit dem die Deutschen den Kommissionspräsidenten schon mal vorsorglich an die Leine gelegt hätten. Umgekehrt wäre Selmayr mit seinen Verbindungen jedoch auch bestens dazu geeignet, Europapolitik in Berlin zu verkaufen. Wer also wen hier an der Leine führt, ist noch nicht so klar.

Jean-Claude Juncker und seine rechte Hand Frans Timmermans (© Europäische Union 2014)



Darüber, inwieweit der Handlungsspielraum des Luxemburger Kommissionspräsidenten schon im Vorhinein durch all diese Verflechtungen eingeschränkt ist bzw. welche politischen Ambitionen er überhaupt verfolgt, kann wirklich nur spekuliert werden. Junckers Versprechen aus dem Europawahlkampf, das Instrument der „Schiedsgerichte“ aus den Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen zu kippen, hatte jedenfalls keine Woche Bestand. Mittlerweile hat er die Frage schon an seinen Vizepräsidenten Timmermans weitergereicht.

Mit seiner Warnung, dass diese Kommission die „Kommission der letzten Chance“ für Europa sei, hat Jean-Claude Juncker sich jedenfalls schon abgesichert. Wenn der Niedergang der EU weitergeht, kann er immerhin sagen, dass er von Anfang an davor gewarnt habe. Auch das kommt uns hier im Land irgendwie bekannt vor. ♦